

Stadtverwaltung Eberbach

Auszug aus der Niederschrift

der öffentlichen Sitzung GR/02/2024 des Gemeinderats am 22.02.2024

Tagesordnungspunkt 1:

Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und
Personenvereinigungen

Tagesordnungspunkt 1.1:

Vermarktung von städtischen Flächen des Standorts "Hohe Warte" für die Windkraft
hier: Bürgerbefragung

Eine Bürgerin bezieht sich auf TOP 6 der öffentlichen Tagesordnung und fragt, ob die Bürger
beteiligt werden sollen und es einen Bürgerentscheid gebe.

Bürgermeister Reichert verweist auf die Beratung unter TOP 6 und versichert, dass es zu
dieser Frage Informationen geben werde.

Tagesordnungspunkt 2:

Bekanntgabe der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats vom
30.11.2023, Nr. 14/2023 und vom 21.12.2023, Nr. 15/2023

Beratung:

Bürgermeister Reichert fragt, ob Einwände zu den Niederschriften bestehen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats äußern keine Einwände zu den Niederschriften.

Tagesordnungspunkt 3: 2024-009

Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen
hier: Messstellenstatistik 2022 und 2023

Beratung:

Verwaltungsangestellte Preißendörfer erläutert die Informationsvorlage.

Stadtrat Wessely weist darauf hin, dass gerade vor den Schulen weiterhin intensiv kontrolliert werden müsse, da gerade dort viel Unverständnis herrsche und die Situationen oft kritisch seien.

Stadtrat P. Stumpf merkt an, dass man gerade die neuralgischen Punkte in Eberbach weiterhin im Blick behalten müsse. Auch gäbe es den Wunsch die Friedrichsdorfer Landstraße vor allem in den Morgenstunden zu messen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4: 2024-010

Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen
hier: weitere Vorgehensweise

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird vom Gemeinderat beauftragt, den mit der Firma BBK e. K., Eberstadt, bis zum 30.04.2024 abgeschlossenen Mietvertrag zur Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen für drei Jahre bis zum 30.04.2027 zu verlängern.
2. Die Messstunden sind auf 250 bis 300 Stunden (bisher 160 bis 200) zu erhöhen.
3. Dem Gemeinderat ist weiterhin jährlich die Messstellenstatistik zur Information vorzulegen.
4. Die Mietkosten sind im laufenden Haushalt eingeplant und eingestellt.

Beratung:

Verwaltungsangestellte Preißendörfer trägt die Beschlussvorlage vor. Außerdem beantwortet sie eine Nachfrage aus dem Verwaltungs- und Finanzausschuss. Stadtrat Joho wollte wissen, ob die Daten immer im Eigentum der Verwaltung sind und den „hoheitlichen Bereich nicht verlassen“. Verwaltungsangestellte Preißendörfer erklärt, dass dies mit dem Dienstleister geklärt sei und in jedem Fall gewährleistet werden könne.

Stadtrat Schulz bittet darum, Punkt 2 des Beschlussantrages separat abzustimmen. Zu diesem Vorschlag gibt es keine Einwände.

Stadtrat Jost erkundigt sich, ob die letzte Verlängerung ebenfalls über 3 Jahre abgeschlossen worden sei. Verwaltungsangestellte Preißendörfer bestätigt dies.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, bittet Bürgermeister Reichert um gesonderte Abstimmung der Punkte 1,3 und 4 sowie Punkt 2 des Beschlussantrages.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen den Punkten 1,3 und 4 des Beschlussantrags einstimmig zu.

Punkt 2 wird mit 16 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 5: 2024-017

Energetische Sanierung Steige Grundschule
hier: Vergabe von Bauleistungen

Beschlussantrag:

1. Für die Maßnahme „Energetische Sanierung Steige Grundschule“ wird die Ausschreibung der erforderlichen Leistungen freigegeben. Diese erfolgt in folgenden Losen/Fachlosen: Verglasungsarbeiten Fassade-Fenster einschl. Jalousien
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, innerhalb des Kostenrahmens bis max. € 945.000,00 brutto den entsprechenden Auftrag, gemäß den vergaberechtlichen Vorschriften auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
3. Die Finanzierung erfolgt über die Kostenstelle I 211 020 000 60. Hier stehen ausreichend Mittel zur Verfügung.

Beratung:

Stadtrat Hellmuth erklärt sich bei diesem TOP befangen und begibt sich in den Zuhörerbereich des Sitzungssaals.

Verwaltungsangestellter Lang erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Wessely signalisiert Zustimmung, erkundigt sich aber, warum man die Fenster und Jalousien gemeinsam und nicht getrennt ausschreibt.

Verwaltungsangestellter Lang erklärt, dass es sich um ein Gesamtprodukt handelt und es unwirtschaftlich wäre dies getrennt auszuschreiben.

Stadträtin Thomson fragt, ob bei der BAFA ein Zuschuss beantragt worden sei. Verwaltungsangestellter Lang sichert zu, dies zu prüfen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einstimmig für den Beschlussantrag.

Tagesordnungspunkt 6: 2024-008/1

Vermarktung der städtischen Flächen des Standorts "Hohe Warte" für die Windkraftnutzung über ein Interessenbekundungsverfahren
hier: Grundsatzbeschluss

Beschlussantrag:

1. Um zu entscheiden, ob das Wind-Vorranggebiet „Hohe Warte“ (Lagebezeichnung Sperberwiesen, als Teil des Flurstücks 8625 mit ca. 85,6 ha) zur Verpachtung für die Windkraftnutzung zur Verfügung gestellt werden soll, wird die Verwaltung, nach Prüfung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, beauftragt ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.
2. Die Kriterien zur Ausschreibung des Verfahrens sind zuvor mit einer Beraterfirma zu erarbeiten.
3. Nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens ist darüber zu beraten, ob ein Bürgerentscheid gemäß § 21 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) durchgeführt werden soll.

Beratung:

Bürgermeister Reichert erläutert dazu folgendes:

„Der Gemeinderat der Stadt Eberbach hat in seiner Sitzung am 18.03.2021 beschlossen bis 2035 klimaneutral zu werden. Für die Erreichung dieses Zieles spielt die Versorgung der Stadt und ihrer Bürger mit „grünem Strom“ eine wesentliche Rolle. Neben der bereits beschlossenen und in Umsetzung befindlichen Belegung der Dächer mit Photovoltaikanlagen spielt die Windkraft für die Energieerzeugung eine herausragende Rolle.

Nachdem sich der Windpark „Hebert“ nach der Verpachtung der Flächen an die BayWa r.e. Wind GmbH in der Umsetzung befindet, könnte ein weiteres Gebiet zur Windkraftnutzung entwickelt werden.

Im Rahmen der Erstellung der Unterlagen für den Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (vVG) Eberbach-Schönbrunn wurden 6 Vorranggebiete ermittelt, von denen die „Hohe Warte“ mit ihren 85,6 als eines dieser Gebiete, mit einer Windhöflichkeit lt. Windatlas von 6,1 bis 6,6 m/s für die Verwaltung das höchste Potenzial aufweist.

Ein weiteres, sehr wichtiges Argument für die weitere Ausweisung einer Vorrangfläche für die Windkraft ist die finanzielle Lage und die finanzielle Zukunft der Stadt Eberbach. Eberbach wird alles daran setzen müssen neben der Ausgabenkritik auch die Einnahmenseite zu verbessern. Da wir in Eberbach nahezu keine gewerblichen Neuansiedlungen im größeren Stil erwarten können, da uns hier einfach der Platz fehlt, erscheint uns eine Entwicklung beim Thema Energieerzeugung über Windkraft machbar, sinnvoll und vertretbar.

Die Verpachtung einer weiteren Fläche zur Errichtung eines Windparks „Hohe Warte“ wird

zu Pachterlösen führen, welche die Haushaltslage Eberbachs deutlich verbessern würden. Wir kennen keine alternativen Möglichkeiten, die für so hohe, gesicherte Einnahmen über einen langen Zeitraum führen könnten. Für weitere oder alternative Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmensituation sind wir selbstverständlich jederzeit offen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die „Hohe Warte“ zum Windpark „Hohe Warte“ zu entwickeln.

Wir schlagen aus den sehr guten Erfahrungen des Beteiligungsprozesses beim Projekt Windpark Hebert vor, die gleiche Vorgehensweise zu wählen, um nach einem Interessensbekundungsverfahren über einen eventuellen Bürgerentscheid im Rat abzustimmen.“

Stadtrat Schulz erläutert das Meinungsbild der CDU. Hier stellt er zunächst den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Beschlussantrag. Seitens der CDU-Fraktion empfindet man den Zeitpunkt für ein weiteres Interessensbekundungsverfahren zu früh, man solle zunächst die Erfahrungswerte aus dem Standort Hebert abwarten und dann in ein neues Verfahren einsteigen.

Stadtrat Scheurich erklärt, dass sich seitens der SPD-Fraktion kein einheitliches Stimmungsbild abbildet, sie jedoch einheitlich der Meinung sind, dass es hierzu in jedem Fall einen Bürgerentscheid geben muss. Sie beantragen dazu eine Anpassung des Beschlussantrages.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass eine Änderung des Beschlussantrages im Hinblick auf die Durchführung eines Bürgerentscheids dazu führe, dass heute hierzu nicht abgestimmt werden könne. Sie erläutert, dass dann der Tagesordnungspunkt nicht vollumfänglich eingeladen worden sei und somit die Entscheidung nicht rechtssicher wäre.

Stadtrat P. Stumpf signalisiert für die AGL-Fraktion Zustimmung für den Beschlussantrag. Die Frage um den Bürgerentscheid müsse zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden, aber er gibt auch zu bedenken, dass dieser Entschluss nicht herausgezögert werden dürfe.

Es folgt eine rege und kontroverse Diskussion darüber, wie man hier weiter vorgehen könne und zu welchem Zeitpunkt über die Durchführung eines Bürgerentscheids Beschluss gefasst werden soll.

Nachdem im Raum steht den Beschluss dieses Tagesordnungspunktes gänzlich zu vertagen, beantragt Stadtrat P. Stumpf eine Unterbrechung der Sitzung.

Seitens der Mitglieder des Gremiums wird diesem Antrag zugestimmt, sodass Bürgermeister Reichert die Sitzung um 18:51 Uhr unterbricht.

Die Fortsetzung der Sitzung erfolgt um 19:05 Uhr.

Bürgermeister Reichert schlägt vor, die Punkte 1+2 des Beschlussantrages getrennt von Punkt 3 zu beschließen. Nachdem es seitens des Gremiums keine Einwände gibt, bittet Bürgermeister Reichert um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, die die namentliche Abstimmung des Beschlussantrages forcieren.

Auch diesem Antrag wird seitens des Gremiums mehrheitlich zugestimmt.

Ergebnis:

Die Abstimmung über den Beschlussantrag erfolgt getrennt. Außerdem wird eine namentliche Abstimmung durchgeführt. Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen den Punkten 1+2 mit 13 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich zu. Punkt 3 wird einstimmig zugestimmt. Die namentliche Abstimmung ist dem Protokoll als Anlage 1 und 2 beigelegt.

Tagesordnungspunkt 7: 2023-280/1

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111 „Ringacker-Erweiterung“ im Ortsteil Pleutersbach
hier: Grundsatzbeschluss zur weiteren Vorgehensweise

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat möge entscheiden, wie mit dem im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB begonnenen Bauleitplanverfahren „Ringacker-Erweiterung“ weiter verfahren wird:

1. Der im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB zur Aufstellung beschlossene Bebauungsplan Nr. 111 „Ringacker-Erweiterung“ wird zunächst nicht weiterverfolgt und zu einem späteren Zeitpunkt im Regelverfahren nach § 2 BauGB entwickelt.
2. Der im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB zur Aufstellung beschlossene Bebauungsplan Nr. 111 „Ringacker-Erweiterung“ wird umgehend in das Regelverfahren mit Umweltprüfung nach § 2 BauGB überführt und fortgeführt.

Beratung:

Verwaltungsangestellte Seel erläutert die Beschlussvorlage.

Ortsvorsteherin Rupp informiert über das Ergebnis der Ortschaftsratssitzung in Pleutersbach. Sie merkt an, dass die vorliegende Beschlussvorlage fehlerhaft sei, da die Entscheidung des Ortschaftsrats Pleutersbach falsch wiedergegeben worden sei.

Nach kurzer Diskussion wird der Tagesordnungspunkt vertagt. Die Beschlussvorlage muss noch einmal überarbeitet und wieder ins Gremium eingebracht werden.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats vertagen diesen Tagesordnungspunkt einstimmig.

Tagesordnungspunkt 8: 2024-029

Annahme von Sachspenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Sachspenden zu.

Beratung:

Bürgermeister Reichert trägt die Beschlussvorlage vor.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 9: 2024-002

Verwendung der Haushaltsmittel "Zuschüsse Partnerschaften"
hier: Verwendungsvorschlag des Partnerschaftskomitees

Beschlussantrag:

Folgende Vorhaben werden entsprechend der Empfehlung des Partnerschaftskomitees finanziell unterstützt:

1. Freunde Thonons e. V.

Durchführung des deutsch-französischen Tages im
Januar 2025 in Eberbach
Zuschuss zur Verpflegung der franz. Gäste

Euro ca. 2.800

2. Freunde Thonons e.V

Regelmäßige Teilnahme an der Foire de Crête
Zuschuss zu den Buskosten in Höhe von
Übernahme für Logistik

Euro ca. 3.600
Euro ca. 300

Beratung:

Hauptamtsleiterin Steck erläutert die Beschlussvorlage.

Nachdem es keine Fragen oder Wortmeldungen gibt, bittet Bürgermeister Reichert um die Abstimmung.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 10:

Mitteilungen und Anfragen

Tagesordnungspunkt 10.1:

Beantwortung einer Anfrage - Schäden in der Tiefgarage

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Jost, der in der Gemeinderatssitzung am 25.01.2024 nachgefragt hat, ob die Stadt für die Schäden in der Tiefgarage Versicherungsleistungen erhalten habe.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass die Sachbeschädigungen durch Graffiti an den Wänden sowie auch die Beschädigungen der Feuerlöscherschutzkästen nicht über unsere Versicherung abgedeckt seien. Es konnte lediglich ein Glasschaden, an der Türe von der Tiefgarage in die Stadthalle, über unsere Versicherung reguliert werden.

Tagesordnungspunkt 10.2:

Beantwortung einer Anfrage - Museumsausstellungen im Leerstand in der Altstadt

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Hellmuth aus der Gemeinderatssitzung am 25.01.2024. Stadtrat Hellmuth regte dabei an, analog zu den Kunstschaufenstern, Ausstellungen des Museums in den Leerständen in der Altstadt durchzuführen.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass dieses Thema in mehreren Gesprächen mit dem Vorstand des Museumsvereins diskutiert worden sei. Der Vorstand des Museumsvereins will geeignete Leerstände ausdeuten und nimmt dann Kontakt mit der Stadtverwaltung auf, die wiederum den Kontakt zu den Hausbesitzern herstellen könne.

Tagesordnungspunkt 10.3:

Sperrung der Straße L 524 nach Waldbrunn

Stadtrat Schulz fragt, ob bekannt sei, dass innerhalb des Sperrzeitraums der Straße L 524 nach Waldbrunn einige Veranstaltungen in Eberbach stattfinden.

Bürgermeister Reichert antwortet, dass die Sperrung zwischen Regierungspräsidium und der SWE festgelegt worden sei und dieser leider wegen wichtigen Fristen nicht anders möglich sei.

Tagesordnungspunkt 10.4:

Sachstand Skatepark

Stadtrat Joho fragt nach dem aktuellen Sachstand in Sachen Skatepark.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass es Verzögerungen aufgrund der Erkrankung von Herrn Kernbach gebe, man aber an der Bearbeitung Skatepark dranbleibe.

Tagesordnungspunkt 10.5:

Sachstand Sondermüllentsorgung Hallenabbruch Güterbahnhofstraße

Stadtrat Joho erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Sondermüllentsorgung des Hallenabbruchs in der Güterbahnhofstraße.

Tagesordnungspunkt 10.6:

Klimaveranstaltung in der Stadthalle

Stadtrat P. Stumpf bemängelt, dass sich die Stadt Eberbach von der Vortragsveranstaltung „Klimawandel und Psychologie“ am 20.02.2024 als Veranstalter zurückgezogen habe. Er könne den Grund nicht nachvollziehen.